

HEUTE im Sport

- **Fußball:** Für Thomas Broich war Fußball ein Übel. >>>Sport Seite 1
- **Schwimm-WM:** Britta Steffen statt Rennwagen nur noch Trabi >>>Sport Seite 2
- **Bundesliga:** Hitzfeld sieht seine beiden Ex-Clubs vorn. >>>Sport Seite 2

Kampf gegen Hungerlöhne per Petition an die EU

Tim Müßle

Brüssel. Menschenrechtsaktivisten haben für eine Petition gegen Hungerlöhne und Ausbeutung rund 73 000 Unterschriften gesammelt und diese an EU-Industriekommissar Antonio Tajani übergeben. In dem Text machen sie Vorschläge für ein Gesetz, mit dem europäische Unternehmen für schlechte Arbeitsbedingungen ihrer Zulieferer verantwortlich gemacht werden können. Den Aktivisten der federführenden European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) sind vor allem Hungerlöhne und die Arbeit mit Umweltgiften ein Dorn im Auge, zum Beispiel in Elektronik-Werken in China oder in Textilfirmen in Bangladesch. Unter anderem schlagen sie eine Berichtspflicht für Unternehmen vor, die soziale und ökologische Produktionsbedingungen offenlegt.

Wirtschaft / Kommentar S. 2

Deutsche arbeiten immer länger

Berlin. Die Arbeitnehmer in Deutschland gehen immer später in Rente. So stieg das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei Männern im Jahr 2010 von 63,5 auf 63,8 Jahre, bei Frauen von 62,9 auf 63,3, so die „Bild“-Zeitung unter Berufung auf die Deutsche Rentenversicherung Bund. 2010 arbeitete zudem jeder Vollzeit-Angestellte im Schnitt 40,5 Stunden pro Woche, wie die EU-Forschungseinrichtung Eurofound berichtete. Die Tarifverträge sehen nur 37,7 Wochenstunden vor.

Landeshilfe nur für die ärmsten Städte

Düsseldorf. Von den zusätzlichen Finanzhilfen des Landes für die Städte in NRW sollen nur die ärmsten Kommunen profitieren. Nach dem Willen der SPD im Landtag werden die 350 Millionen Euro aus dem Konsolidierungspaket „nach Bedürftigkeit“ verteilt. Das kündigte der Fraktionsgeschäftsführer Marc Herter an. Unter den landesweit 400 Kommunen seien 34 überschuldet, etwa Hagen. **Politik**

DERWESTEN

- **Verlosung** Sharon Jones & Dap Kings
- **Video** Asamoah trainiert in Hüls
- **Fotostrecke** Model Helena Christensen
- **Alle Angebote unter:** www.derwesten.de



Helene Bosei Olsen, die ihre Mutter sowie Freunde beim Massaker verlor, sprach am Dienstagabend am Fjord, gegenüber der Insel Utoya. Trotz der schmerzlichen Verluste rief die 16-Jährige dazu auf, seine Gefühle nicht dem Hass zu überlassen. Neben ihr steht Parlamentspräsident Dag Terje Andersen.

Foto: Terje Bendiksby / rtr

Schützen weisen Verbotsforderung zurück – Innenminister warnt vor Gewalt von Rechts

Ruf nach strengem Waffenrecht

WR-Nachrichtendienste

Berlin/Oslo. Nach dem Doppelschlag in Norwegen flammt in Deutschland die Diskussion über eine Verschärfung des Waffenrechts neu auf. Zugleich warnt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vor gewaltbereiten Rechtsextremisten. Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden begrüßte Forderungen nach strengeren Waffengesetzen. „Wir fordern das Verbot von großkalibrigen Kurzwaffen schon seit dem Amoklauf in Winnenden“, sagte der Vorsitzende des Aktionsbündnisses, Hardy Schober. Das Attentat in Norwegen habe die Wunden des Amoklaufs in Winnenden wieder aufgerissen, sagte Schober. Es habe auch gezeigt, „dass wir auf dem richtigen Weg sind mit unseren Forderungen“.

Der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall (SPD) sagte, er wolle eine Bundesratsinitiative starten,

um großkalibrige Faustfeuerwaffen generell für Privatpersonen – mit Ausnahme der Jäger – zu verbieten.

Der Deutsche Schützenbund wies die Forderung zurück. Ereignisse wie in Norwegen ließen sich „mit noch so vielen Verboten nicht in den Griff kriegen“, sagte Vizepräsident Jürgen Kohlheim der „Saarbrücker Zeitung“.

Eine schärfere Beobachtung der rechtsextremen Szene in Deutschland forderte die Opposition. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) sprach sich für einen Alarmknopf für das Internet aus, mit

dem Nutzer extremistische Inhalte unmittelbar melden können. Wer im Internet rechtsradikale Inhalte, islamistisches Gedankengut oder Hinweise auf einen Amoklauf entdeckte, müsse die Seite einfrieren und an eine Alarmzentrale weiterleiten können, sagte BDK-Chef Klaus Jansen der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) lenkte mit seiner Warnung vor gewaltbereiten Rechtsextremisten den Blick auf die „Autonomen Nationalisten“. Die machten ihm besonders Sorge, sagte Friedrich der „Rheinischen Post“.

Zwar nehme die Zahl der Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen in Deutschland ab, dafür steige aber die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten. Der Minister betonte, die Sicherheitsbehörden beobachteten die rechtsextreme Szene „intensiv“. Eine Tat in Deutschland nach dem Osloer Muster lasse sich aber nie ausschließen. Das Problem seien nicht die, „die wir im Auge haben, sondern eher die, die sich im Verborgenen radikalisieren“, sagte Friedrich.

In Norwegen soll eine unabhängige Kommission die Reaktion der Polizei überprüfen. Ziel sei es festzustellen, „was funktioniert und was weniger gut funktioniert“, sagte Ministerpräsident Jens Stoltenberg gestern in Oslo. Fünf Tage nach den Attentaten, bei denen der 32-jährige Rechts-extremist Anders Behring Breivik 76 Menschen getötet hatte, wächst in Norwegen die Kritik am Einsatz der Polizei.

Thema des Tages/ Politik

INFO

Mehrere Länder reagieren

- Mehrere Länder verschärfen ihr Waffenrecht. Finnland reagierte, nachdem bei drei Schießereien binnen fünf Jahren 24 Menschen ums Leben kamen. Belgien handelte, als ein
- Rechtsextremer ein Mädchen und dessen Kinderfrau tötete.
- Holland arbeitet seit der Schießerei in einem Einkaufszentrum an einem härteren Gesetz.

Liberaler erhalten trotz Führungswechsel schlechte Werte

FDP kommt nicht aus ihrem Umfragetief

Berlin. Die FDP kommt auch unter ihrem neuen Vorsitzenden Philipp Rösler nicht aus dem Umfragetief heraus. In einer Forsa-Umfrage liegen die Liberalen bei nur noch drei Prozent (minus 1 Prozent). Nur solides, verlässliches Arbeiten könne die FDP wieder in die Offensive bringen, kommentierte Rösler. „Das geht eben nicht von heute auf morgen.“ Forsa-Chef Manfred Güllner erklärte die Schwäche der FDP damit, dass deren neue Spitze die Wähler nicht überzeugen könne.

Zulegen kann in der Umfrage die Union, die gegenüber der Vorwoche einen Punkt auf 33 Prozent gewinnt. Die SPD klettert ebenfalls einen Punkt



FDP-Chef und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler. Foto: dapd

auf 25 Prozent, während die Grünen im selben Maße auf 22 Prozent verlieren. Die Linke verbessert sich um einen Zähler auf zehn Prozent. **rt**

Kommentar Seite 2

Grundwasser soll vor Chemikalien geschützt werden

Allparteien-Allianz gegen Fracking

Wilfried Goebels
Heinz Krischer

Düsseldorf. Eine Allparteienkoalition in NRW lehnt die Erdgasförderung mit Einsatz von giftigen Chemikalien als zu gefährlich ab. NRW-Umweltminister Johannes Remmel von den Grünen hatte das sogenannte „Fracking“ entschieden abgelehnt. Auch für CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann gehören giftige Stoffe nicht in den Boden und in das Wasser dicht besiedelter Regionen. Insbesondere dort, wo das Trinkwasser aus dem Grundwasser gewonnen werde, sei Fracking unverantwortlich. Beim Fracking wird mit hohem Druck ein Wasser-

Sand-Gemisch mit chemischen Zusätzen in den Boden gepresst, um die gasführenden Gesteinsschichten aufzubrechen.

Nach Informationen unserer Zeitung bereiten im Bundestag die Fraktionen von CDU/CSU und FDP einen gemeinsamen Antrag vor, der für Fracking eine Umweltverträglichkeitsprüfung fordert. Die bisherigen Bestimmungen seien nicht ausreichend. In dem Antrags-Entwurf, der der WR vorliegt, wird auf die Gefahren der Technologie hingewiesen und gefordert, dass u.a. in Wasserschutzgebieten keine Erkundungs- und Gewinnungsmaßnahmen erfolgen dürfen.

Westfalen

kinder nachrichten HEUTE IM INNENLEBEN:
- Ein Hochhaus eingestürzt
- Polizei will mehr Migranten
- Unbekannter Dino entdeckt

DORTMUND HEUTE

Wenn die Rente durch ist, geht's an die Arbeit

„Oma“ und „Opa“ am Treppen, hinterm Lenkrad? Als Zeitungsbote und Putzfrau im Einsatz? Das ist inzwischen eher Regel, denn Ausnahme. Fast jeder zehnte Rentner in NRW zwischen 65 und 68 Jahren und fast jeder Sechste zwischen 68 und 70 Jahren geht weiter arbeiten. Der eine, weil er muss. Der andere, weil er will.



Minijob und Co. bessern eine marginale Rente auf. Foto: dapd

Kultcombo aus Hagen gewinnt Bandwettbewerb

„Tres Marias“ ist die WR-Rockband 2011

Dortmund/Hagen. Das Interesse der Rockmusik-Fans war riesig: Mehr als 68 000 Musikfreunde haben beim WR-Bandwettbewerb, zu dem unsere Zeitung im Rahmen der Serie „Geschichte des Rock“ im Internet aufgerufen hatte, ihre Stimme abgegeben. Nach vier Wochen steht jetzt der Sieger fest: Es ist die Punk-Rock-Gruppe „Tres Marias“ aus Hagen. Sie darf sich nun „WR-Rockband 2011“ nennen und erhält ein Preisgeld von 1000 Euro.



Wer die „Tres Marias“ einmal live erleben möchte, sollte am Freitag, 12. August, ins Schwelmebad nach Schwelm kommen: Dort tritt die Band dann kostenlos beim Benefiz-Konzert zum Erhalt des Bades auf.

tja/Westfalen

AUS DEM INHALT

Eine Kleinstadt ehrt Bud Spencer

Auf Facebook machten sich Fans für den Haudegen stark: Ein Tunnel soll seinen Namen tragen. **Tagesrundschau**

GEWINNZAHLEN

Lotto: 11 - 12 - 16 - 26 - 32 - 35
Satzzahl: 6; Superzahl: 8
Spiel 77: 6 4 0 8 7 5 6
Super 6: 6 2 6 0 9 4
(ohne Gewähr)

WETTER

Vereinzelte Schauer, 18 bis 24 Grad

LESERMEINUNG

» Betr.: Dürre in Afrika Hunger ist Mord

Ein Kind, das heute verhungert, wird ermordet. Die Weltlandwirtschaft könnte zwölf Milliarden Menschen ernähren, das Doppelte der Weltbevölkerung. Wir tun es aber nicht. Das Geld wird gebraucht, um die Banken zu retten. Seit der Finanzkrise haben die europäischen und amerikanischen Großbanken mehr als acht Billionen Euro erhalten. Geld ist genug da, es wird nur falsch verteilt. Das lässt diese Leute kalt, auch wenn täglich 37 000 Menschen verhungern. **Heidi Schlander**, Hattingen **Leserforum Seite 2**

Notstand in Seoul



Mit dem Wort „Wolkenbruch“ ist es in Südkorea nicht mehr getan. Heftige Regenfälle haben Erdbeben und Überschwemmungen ausgelöst, mindestens 31 Menschen sind ums Leben gekommen, teilten Behörden gestern mit. In der Hauptstadt Seoul (Foto) gab es chaotische Szenen, die Polizei rief den Notstand aus.

Foto: Yang Seung-Yoon/afp